



Diese Probleme bringt die Container-Pflicht

Berner Abfalltrennung Im neuen Abfallsystem müssen sämtliche Häuser Platz für Container schaffen oder gegen Gebühr einen Standort der Stadt nutzen.

Geht es nach dem Willen der Berner Stadtregierung, dann geht es bei der Entsorgung des Abfalls in den Berner Haushalten bald bunt zu und her. Alles kommt zu Hause in farbige Säcke – gelb für Kunststoffe, rot für PET, hellgrau für Büchsen und Alu und violett für Glas. Ende November entscheiden die Stimmberechtigten über das neue Abfalltrennsystem. Doch bereits jetzt zeichnet sich ab: Die grössten Schwierigkeiten liegen nicht beim Abfall, sondern bei der Tonne.

Denn neu gibt es eine Containerpflicht. Heisst: Für Anwohnerinnen und Anwohner ist die Nutzung der Farbsäcke zwar freiwillig – die Nutzung von Containern für die neuen Farbsäcke, Papier und die herkömmlichen Abfallsäcke hingegen nicht.

Für die Hauseigentümer bedeutet die Pflicht, dass sie zwingend einen Standort für Container zur Verfügung stellen und allfällige Kosten bis zu einem Betrag von 10'000 Franken selbst tragen müssten. Wenn sie, etwa wegen Platzmangel, keinen Containerplatz einrichten können, so müssen sie sich entweder mit den Eigentümern der Nachbarhäuser arrangieren oder gegen eine Gebühr einen öffentlichen Standort der Stadt mitbenutzen.

HEV sieht Klärungsbedarf

Der Hauseigentümerversand Bern und Umgebung (HEV) setzt hinter die Containerpflicht viele Fragezeichen. Es gebe noch viele offene Punkte, sagt HEV-Präsident und FDP-Grossrat Adrian Haas. Etwa: «Wie sollen unter engen Platzverhältnissen bei Liegenschaften Standplätze aus dem Boden gestampft werden?» Wer bringe die Eigentümer zusammen, deren Häuser sich neu einen Container teilen würden, und: Wie würden die Kosten für die Benutzung des Containers aufgeteilt?

Im Verband sehe man die Vorteile des neuen Systems, betont

Haas. «Doch wir sind der Meinung: Die Koordination, wer wo seinen Abfall entsorgen darf, sollte die Stadt übernehmen.» Falls diese die Verantwortung für das neue System auf die Hauseigentümer überwälze, dürften sich einige auf dem Rechtsweg wehren, fürchtet der FDP-Grossrat.

Bei der Stadt hält man die Probleme rund um die neue Containerpflicht für lösbar. Schon heute stünden über 13'000 Grüncontainer und rund 6000 Kehr- und Papiercontainer im Einsatz, teilt die zuständige Gemeinderätin Marieke Kruit (SP) auf Anfrage mit. «Bei vielen Liegenschaften bestehen also bereits Standplätze für Container.» Sollten diese erweitert werden müssen, koste dies meist nur wenige Hundert Franken. «Der Betrag von 10'000 Franken kommt nur bei sehr grossen Liegenschaften und umfangreichen Anpassungen zum Tragen», so Kruit.

Doch dass im engen Bern Standplätze für Container nicht einfach aus dem Boden wachsen, dem scheint sich die Stadtregie-

rung bewusst zu sein. Entsorgung + Recycling habe geprüft, wo ein öffentlicher Standplatz benötigt werde und bei welchen Liegenschaften ein Standplatz auf Privatgrund möglich sein sollte, sagt Marieke Kruit.

Das Ergebnis: «Rund 250 Standplätze auf öffentlichem Grund werden benötigt», so die SP-Gemeinderätin. Nach einer ersten Schätzung müssten knapp 12 Prozent der Liegenschaften entweder an so einen Standplatz oder an eine Sammelstelle angeschlossen werden.

Neuer Test wird gefordert

Das Farbsacksystem wurde zwischen September 2018 und August 2019 in einem Pilotprojekt getestet. Der Stadt zufolge zeigten sich 95 Prozent der Liegenschaftsverwaltungen damit zufrieden. Für den Hauseigentümerversand brachte der Test jedoch wenig Klarheit. «Die Teilnahme war freiwillig. Hauseigentümer, bei denen sich schon jetzt Probleme abzeichnen in Sachen Container-Standort, haben nicht

teilgenommen», sagt HEV-Präsident Haas. Aus diesem Grund schlägt der Verband die Durchführung eines weiteren Tests vor, bei dem das neue Regime unter schwierigen Verhältnissen in einer Quartierstrasse flächendeckend ausprobiert wird.

Adrian Haas erhofft sich davon nicht zuletzt auch Erkenntnisse in Sachen Zumutbarkeit für die Anwohnerschaft. Denn was im Abstimmungskampf noch zu reden geben dürfte: Die maximale Distanz zur nächsten Abfallsammelstelle wurde von der Stadt auf 200 Meter festgelegt. Heisst: Wer nicht vor dem eigenen Haus einen Container stehen hat, müsste neu selbst mit dem Müllsack bis zu 200 Meter weit laufen.

Zumutbar, selbst für ältere Menschen? Laut Bundesgericht Ja, sagt Gemeinderätin Kruit. Dieses habe die maximale Distanz auf 300 Meter festgelegt. «Bern liegt also 100 Meter unterhalb der zumutbaren Distanz.»

Benjamin Bitoun



Ein Knackpunkt: Vor den Häusern muss es genügend Platz für die neuen Container geben. Foto: Beat Mathys